



PI-RAT



.....
Politische Informationen des FachschaftsRats Erziehungswissenschaft - No 17 11/20
.....



Editorial...2

**Bericht über die vergangenen Wochen und über die
Verantwortung...3**

Für eine Universität auf Höhe der Zeit...10

Antrag an den Fakultätsrat – Präsenzlehre ermögliche...11

Demonstration: Solidarische Krisenlösung BILDEN!...14

Aufruf zur Vollversammlung Lehre...16

Editorial

Liebe Kommiliton:innen,

diese Ausgabe ist kein gewöhnlicher PI-RAT! Wir befinden uns erneut in einem Lockdown, einige Hamburger Hochschulen lehren in Präsenz bzw. hybrider Form, an der Uni Hamburg hat das Wintersemester jedoch in ausschließlich digitaler Form begonnen. Veranstaltungen, welche in Präsenz stattfinden sollten, wurden kurzerhand auf digital umgestellt. Die aktuellen Geschehnisse sowie der Uni-Lockdown erfordern in ihrer Dynamik auch eine dynamische Berichterstattung!

Darum möchten wir in diesem Semester einen monatlichen EXTRA-PI-RAT herausbringen.

In dieser ersten Ausgabe informieren wir euch über aktuelle Anträge aus dem Fakultätsrat und aus dem Fachbereichsrat 1, außerdem berichten wir über die aktuelle Lage, auch über die Fakultät hinaus. Des Weiteren möchten wir zu zwei anstehenden Veranstaltungen aufrufen, die die Möglichkeit bieten sich zu beraten und zu diskutieren.

Aus gegebenem Anlass haben wir unsere Beratungs- und Sprechstundenzeiten erhöht. Per Videochat könnt ihr uns dienstags von 13 bis 15 Uhr treffen, mittwochs auf unserer öffentlichen FSR-Sitzung (in Raum 035a) und telefonisch auf Nachfrage.

Unter fsr-erzwiss@gmx.de könnt ihr uns per Mail erreichen und darüber einen Sprechstundentermin verabreden. Schaut auch auf unserer Homepage www.fsr-erzwiss.de für aktuelle Informationen vorbei.

Auf bald,
Euer FSR Erziehungswissenschaft

Impressum:

PI-Rat 16 | 04/2020 | digitale Ausgabe
Redaktion: FSR Erziehungswissenschaft.
V.i.S.d.P.: FSR Erziehungswissenschaft, VMP 8,
20146 Hamburg - www.fsr-erzwiss.de

Titelbild:

„Soziale Bildung braucht soziales Miteinander – für die Wiederöffnung der Universität!“
Transparent bei der Präsenzkundgebung am
03.06.2020

Bericht über die vergangenen Wochen und über die Verantwortung

Die vergangenen Wochen haben fast täglich Neuerungen mit sich gebracht. Von einem hybriden zum vorläufig digitalen Semester, Proteste und Widerspruch, Medienberichte und Auseinandersetzungen.

Wir möchten im Folgenden chronologisch berichten und einordnen was an der Uni Hamburg seit Ende Oktober bis Mitte November passiert ist und diese Geschehnisse anhand des Verantwortungsbegriffs

diskutieren, der bei alledem eine große Rolle spielt.

Am 23.10.2020 erreicht die Mitglieder der Universität vonseiten der Vizepräsidentin Susanne Rupp eine E-Mail mit dem Titel "Hinweise zur Präsenzlehre im Wintersemester 2020/21", in dem auf die geltenden Corona Maßnahmen für die Präsenzanteile aufmerksam gemacht wird.

Kurz darauf, am 26.10.2020 starten die Orientierungseinheiten (OE). In der Sozialökonomie, den Sozialwissenschaften, der Erziehungswissenschaft und Holzwissenschaft werden sie die gesamte Woche vollständig oder zu großen Teilen in Präsenz abgehalten. Am Freitag, den 30.10, an dem die OEn enden, steht fest: Es ist alles reibungslos verlaufen. Die Hygienemaßnahmen können eingehalten werden. Und auch wenn die neue Sitzordnung zunächst gewöhnungsbedürftig ist, entstehen angeregter Austausch, intensives Gespräch und kritische Diskussionen. Es wird deutlich: Ein verantwortungsbewusster Umgang miteinander ist möglich.

Bei der mittäglichen Pressekonferenz der Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (ebenfalls am 30.10.2020) wird verkündet, dass es bei dem geplanten Hybridsemester bleiben soll. Das lang ersehnte und hart erkämpfte Präsenzstudium kann also (zumindest freiwillig und teilweise) wieder aufgenommen werden.

"Wir haben verabredet auch in der neuen Eindämmungsverordnung, dass wir bei dem angekündigten Hybridsemester bleiben. Das wird unterschiedlich umgesetzt, je nach Ausrichtung unserer Hochschulen hier am Standort, das heißt nach wie vor so viel Präsenzlehre wie möglich, so viel digital wie möglich. Ich gehe davon aus, dass die ein oder andere Präsenzveranstaltung noch in das digitale Format übersetzt wird, aber das Semester wird dann Anfang nächster Woche, also am 2. November losgehen und wir hoffen, dass dort auch alles entsprechend der Hygiene- und Schutzkonzepte zu einem erfolgreichen Semester dann weiterhin

*geführt wird."
(Katharina Fegebank, 30.10.2020)*

Aber anstatt mit Vorfreude auf das bevorstehende Semester ins Wochenende zu gehen, erreicht die Studierenden am Abend desselben Tages erneut ein Brief der Vizepräsidentin Susanne Rupp. Darin wird das ursprünglich hybrid geplante Semester zwei Tage vor Semesterstart abgesagt und alle Veranstaltungen mit Präsenzanteilen erneut in den digitalen Raum verlegt.

"Hierzu [zu den Maßnahmen, um die Infektionsdynamik zu bremsen] zählt insbesondere die drastische Reduktion von persönlichen Kontakten. Der Universität, als einem Ort, an dem sich täglich viele tausend Menschen begegnen, kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Die Lehrveranstaltungen, die im Wintersemester als Präsenzveranstaltungen geplant waren, werden darum bis auf Weiteres nicht in der geplanten Form durchgeführt werden können. Die Universitätsleitung bedauert dies sehr, zumal die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Lehre und Verwaltung sehr engagiert die erforderlichen Voraussetzungen dafür geschaffen haben, Präsenzlehre in begrenztem Umfang unter Einhaltung der geltenden Auflagen zu ermöglichen."

Ebenfalls am selben Abend um 20:30 Uhr werden alle Angestellten der Universität mit einer neuen Dienstanweisung des Präsidiums nebst eines persönlichen Begleitschreibens von Dieter Lenzen überrascht:

"Das Präsidium bittet Sie um Verständnis für die durch externe Entscheidungen erforderlich gewordene kurzfristige Neuregelung. Sie gilt (zunächst) bis zum 30. November 2020."

(Dieter Lenzen)
Unklar bleibt, was das für externe Entscheidungen sind...

Weiter führt er aus:

"Ihr Zweck geht über die am Beginn der Pandemie geltende Absicht eines unmittelbaren Schutzes von Individuen hinaus und richtet sich auf eine Verlangsamung des Infektionsgeschehens durch eine massive Reduktion von Sozialkontakten. Es ist unsere Aufgabe als öffentliche Institution, dazu unseren soweit wie möglich gehenden Beitrag zu leisten. Ich bitte Sie deshalb herzlich um die Einhaltung der Anweisungen in der Hoffnung, diejenigen darin zu unterstützen, die politische Verantwortung dafür tragen, eine Tragödie von unserem Land, unserer Stadt und unserer Universität abzuwenden, auch wenn diese die Verantwortung nicht immer in der zu erwartenden Form wahrnehmen."

Den Brief schließt Dieter Lenzen mit:

"Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und fortwährende Bereitschaft, unter schwierigen Bedingungen unser aller Pflicht zu tun. Dieses besonders auch eingedenk des Umstandes, dass wir alle uns darüber bewusst sein müssen, dass das Opfer des kommenden Monats nicht das letzte sein wird, welches wir erbringen müssen. Ich wünsche Ihnen und denen, die Ihnen nahestehen, den Erhalt Ihrer physischen, aber auch psychischen Gesundheit, also Kraft, Solidaritätsvermögen und reichlich von dem Glück, auf das wir jetzt alle angewiesen sind." (Dieter Lenzen)

Aufgrund der neuen Eindämmungsverordnung schickt auch das Präsidium der HAW (Hochschule für

Angewandte Wissenschaft) an die Mitglieder eine E-Mail. Hier heißt es:

*"Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg*innen, liebe Studierende, im Namen des gesamten Präsidiums danke ich Ihnen herzlich für das gemeinsame Engagement, das Sie alle in die erfolgreiche Vorbereitung des Wintersemesters 2020/21 investiert haben. Weiterhin müssen wir aufgrund der Coronavirus-Pandemie mit außergewöhnlichen Rahmenbedingungen umgehen. Der Start in das Wintersemester 2020/2021 wird auch in Hamburg begleitet von einem deutlichen Anstieg der Infektionszahlen. Wir streben an, das Wintersemester 2020/21 in hybrider Form fortzuführen. Mit unserem Hygieneschutzkonzept und den umfangreichen Vorbereitungen in den Fakultäten und Departments haben wir die Voraussetzungen geschaffen, neben digitalen Lehrangeboten auch hybride Formate und Lehrveranstaltungen in Präsenz zu ermöglichen."*

(Wenige Tage später veröffentlicht der NDR einen Beitrag, in dem es heißt, die HAW würde Kinosäle für Seminare anmieten. Der Artikel ist unten verlinkt)

Weil an der Uni Hamburg viele nicht einverstanden sind, – weder mit der Art der Kommunikation des Präsidiums noch mit den Inhalten und deren Konsequenzen – veröffentlichen einige Lehrende aus unterschiedlichen Fakultäten am 02.11.2020 einen Offenen Brief, der zudem als Online-Petition verfügbar ist. Sie machen darin deutlich:

"Ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Pandemie besteht in der sorgfältigen Realisierung von Lehre in Präsenz, von Lernen und Begegnung in den Hochschulen. Zudem sind diese Begegnungen das beste Mittel gegen Vereinsamung, Frustration und Stress."

Ihre Forderungen begründen Sie wie folgt:

"Solange Präsenzlehre an Hochschulen gemäß der Hamburger SARS-CoV2-Eindämmungsverordnung rechtlich zulässig ist, muss die Entscheidung über die Abhaltung von Präsenzveranstaltungen den Lehrenden überlassen bleiben. Dies gebietet schon das Grundrecht der Freiheit der Lehre (Art. 5 (3) GG; § 11 (1) HmbHG; vgl. dazu auch den Beschluss des Akademischen Senats in seiner 774. Sitzung am 23.04.2020, TOP 13)."

Daraus folgt:

"Die Unterzeichnenden fordern das Präsidium der Universität in diesem Sinne dazu auf, die geplanten Präsenzveranstaltungen im vollen Umfang zu ermöglichen, selbstverständlich auf Grundlage der entwickelten Schutzkonzepte!"

Dieser Offene Brief erregt schnell Aufsehen und wird in den unterschiedlichen Medien zitiert. 1) Auch das Präsidium der Uni Hamburg reagiert mit einem Eintrag auf der Homepage am 04.11.2020 auf den Offenen Brief. Hier heißt es:

"Mit der Aufforderung, die Hochschulleitung der Universität dazu zu veranlassen, im Monat November Präsenzlehre in unbeschränkter Form zuzulassen, wird die Öffentlichkeit bedauerlicherweise über die Rechtsgrundlage,

die für diese Entscheidung gilt, getäuscht. In der „Neunzehnten Verordnung zur Änderung der Hamburgischen SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung“ der Freien und Hansestadt vom 02.11.2020 heißt es: Lehre erfolge in Präsenz nur, „soweit die jeweilige Lehrveranstaltung eine gemeinsame Anwesenheit von Studierenden und Lehrenden zwingend erfordert“. Diese Bedingung ist nur in einer begrenzten und deshalb erlaubten Zahl von Lehrveranstaltungen gegeben, beispielsweise in Laboren, bei der Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern an Patientinnen und Patienten, [...] oder beispielsweise bei Praktika im Rahmen der Lehramtsausbildung. Einen darüber hinaus gehenden Ermessensspielraum gibt es bisher nicht. Unabhängig davon trifft das Präsidium der Universität Hamburg seine Entscheidungen aber auch in Wahrnehmung einer sowohl öffentlichen als auch staatsbürgerlichen Verantwortung. (Der Sinn der Vereinbarungen zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten besteht schließlich darin, den alarmierenden Skalierungsprozess bei den Infektionsraten zu unterbrechen, wozu auch die Hochschulen ihren Beitrag zu leisten haben.)"

Wie das Präsidium der UHH nach den (vorangestellten) Informationen zu diesem Schluss kommen kann, bleibt uns ersteinmal schleierhaft. Wir wollen uns im Folgenden mit dem Verantwortungsbegriff auseinandersetzen, der in den verschiedenen Schreiben sehr präsent ist, aber unterschiedlich gedeutet wird.

Zum Verantwortungsbegriff

In den Zitaten s.o. wird vermehrt der Begriff "Verantwortung" verwendet. Aus diesem Grund wollen wir diesen etwas genauer betrachten und aufzeigen was dahintersteht.

Das Präsidium der Uni Hamburg fasst den Verantwortungsbegriff in der gegenwärtigen Lage u.a. wie folgt:

"Unabhängig davon trifft das Präsidium der Universität Hamburg seine Entscheidungen aber auch in Wahrnehmung einer sowohl öffentlichen als auch staatsbürgerlichen Verantwortung."

(Pressemitteilung des Präsidiums der Uni Hamburg)

"Ich bitte Sie deshalb herzlich um die Einhaltung der Anweisungen in der Hoffnung, diejenigen darin zu unterstützen, die politische Verantwortung dafür tragen, eine Tragödie von unserem Land, unserer Stadt und unserer Universität abzuwenden, auch wenn diese die Verantwortung nicht immer in der zu erwartenden Form wahrnehmen."

(Dieter Lenzen in seinem Brief an die Angestellten)

Hier wird der Begriff der Verantwortung mit der „Eigenverantwortung“ verknüpft, die dafür genutzt wird, um zu einer vermeintlichen Normalität zurückzukehren bzw. sie aufrechtzuerhalten. Vordergründig gemeint ist damit, das „Infektionsgeschehen“ zu verringern. In diesen Verhältnissen bedeutet die Rückkehr zur Normalität jedoch auch die Aufrechterhaltung von sozialer

Ungleichheit. Sie zeigt sich als negative Verantwortung.

Negative Verantwortung meint aktuell, dass wir alle zuhause bleiben, den wöchentlich neuen Regeln folgen und all unsere Kontakte reduzieren, um Infektionen zu verhindern - und dafür jeweils ganz alleine verantwortlich sind.

Aber auch das, was häufig und nun vermehrt "Eigenverantwortung" genannt wird, ist nicht ohne andere Menschen zu denken. In der Betonung des 'eigenen' steckt bereits 'der andere', der Mitmensch, zu dem wir uns (immer) verhalten. Aktuell soll unser Bezug zum anderen allein die Prävention sein. Für die bzw. um die zu gewährleisten, wir vereinzelt bleiben sollen. Ausgeblendet wird dabei, dass der Mensch ein soziales Wesen ist und für sein Wohlbefinden/Gesundheit die Begegnung, die Auseinandersetzung, das gemeinsame Engagement für Erkenntnisse und Verbesserungen braucht. Wer dies ernst nimmt und sich trotzdem trifft, lädt in der Logik der Eigenverantwortung Schuld auf sich. Dabei gilt "Jeder ist seines Glückes Schmied", also auch dafür sich nicht anzustecken und den Virus nicht weiterzutragen. Weshalb aber den anderen ausschließen, wo wir ihn doch eigentlich dabeihaben wollen, um uns mit ihm zu beraten, zu forschen, zu entwickeln, um Erkenntnis zu ringen? Das ergibt keinen Sinn!

Wenn jetzt verständlicherweise aus Angst davor, jemand anderes in Gefahr zu bringen, gehandelt wird, wird dies vor allem von der

Sorge getragen, Schuld auf sich zu laden und ausgegrenzt zu werden. Und in diesem Sinne ist auch der Text des Präsidiums zu lesen. Verantwortlich ist, wenn wir uns an die Regeln halten (zu Hause bleiben!) und dabei nur auf unser Glück warten können, weil wir mehr Handlungsfähigkeit nicht hätten. Dies bestreiten wir, da die Uni als Ort des Diskurses, des Ringens um die Wahrheit, der Erkenntnisfindung zur Überwindung der (Corona-)Krise allerhand Möglichkeiten hat, nicht untätig geschlossen zu sein. Sie hat vielmehr eine positive Verantwortung.

Für eine Einschränkung der Verbreitung des Corona-Virus gäbe es ehrlichere und wirksamere Methoden, als die Uni erneut zu schließen und noch rigider zu verwalten. Denn so wird nicht grundsätzlich eine Ansteckung verhindert, sondern lediglich individuelle Schuldabwehr ins Private verlagert. Ansteckungen wird es auch weiterhin geben, aber die Uni ist dann nicht in der zur Schuld verkommenen "Verantwortung". Die Uni hat sehr gute Bedingungen, um sich dort sorgfältig zu begegnen. Es gibt sowohl viel Platz, große Fenster als auch in monatelanger Arbeit entwickelte und auch schon erprobte Schutzkonzepte. Dahingegen gibt es für viele Studierende im Privaten nur sehr schlechte Bedingungen für geschützte Begegnungen. Daraus folgt dann nur die Möglichkeit einer ungeschützten Begegnung oder Vereinsamung.

Positive Verantwortung, die hingegen auf eine Ermöglichung gerichtet ist, könnte in Anknüpfung an die bestehenden Schutzkonzepte bedeuten, diese Bedingungen der Begegnung noch zu verbessern, beispielsweise zusätzliche Räume zu organisieren oder Luftfilter bereitzustellen.

Wenn nun also gemeint wird, dass es jetzt vor allem auf jede*n Einzelne*n von uns ankäme, stimmt das zwar. Kann aber die Aufforderung, Vereinzelung durchzuhalten, gleichzeitig Verantwortung sein? Dieter Lenzen deutet in seinem Brief zur Dienstanweisung an die Angestellten Verantwortung zu gehorsamer, schicksalsergebener Pflichterfüllung und Opferbereitschaft um. Dabei gibt es jedoch mindestens ein Problem: Gehorsamkeit und Opferbereitschaft stehen für (mindestens) Verhinderung, bei der Verantwortung geht es aber um Ermöglichung, Entwicklung und Verfügung. Versteht man nun aber Gehorsamkeit als Verantwortung (wie Lenzen in seinem Brief), ist sie - wenn überhaupt - negative Verantwortung. Diese Form der Verantwortung wird jedoch den Möglichkeiten der Universität gesellschaftlich für die Überwindung der Krise einzugreifen, dafür zu rationalisieren, anzuzweifeln, aufzuklären und Lösungen für Probleme zu entwickeln nicht gerecht.

Wieso aber diese Beschränkung der eigenen Handlungsfähigkeit und somit auch die aller anderen? Was spricht gegen Erweiterung, Anspruch und Verfügung? Die Verantwortung ist kein unverbindliches Angebot, welches wir entweder annehmen oder ablehnen können, sondern sie ist genau das, worin wir in der Krise ansetzen können: Sie ist die Aufforderung zum Handeln, zum Überwinden der Zustände, durch die wir in die vermeintliche Ausweglosigkeit manövriert sind. Es ist weder Gott noch Teufel oder gar der Blaue Elefant, der jetzt für pandemisches Unwetter sorgt, sondern es ist der Mensch, der sowohl Folgen und Ursachen der Pandemie als auch seinen Umgang damit als eine gesellschaftliche Praxis verstehen und diese aktiv gestalten kann. Hierfür braucht es

bewusste Auseinandersetzung, um sich (auch in globalem Maßstab) Zusammenhänge bewusst zu machen. Das gelingt nur mit anderen. Wenn Verantwortung auf diese Weise bewusstes Handeln integriert, kann auch erst von Verantwortungsbewusstsein gesprochen werden.

Die Universitäten und die Wissenschaft sind einst dafür angetreten, Aberglaube und Irrationalität eine Gestaltungsperspektive entgegenzusetzen. Diese sollte den Menschen ermächtigen, sich von der Herrschaft durch den Menschen zu befreien. Die Suche nach Erkenntnis durch das Infragestellen und Ergründen der Verhältnisse wurde zur Perspektive. Hierin treffen sich Freiheit und Verantwortung. Sowohl Freiheit als auch Verantwortung sind nicht das Behütet-sein vor dem Anderen und das Achten darauf, dass der andere möglichst vor uns behütet bleibt, sondern sie sind tatkräftiger Angang, gemeinsam die Verhältnisse zu erforschen, zu studieren und von- und miteinander zu lernen. Gerade jetzt in einer Zeit in der Verschwörungstheorie und Vereinzelung so stark sind, brauchen wir eine aufklärerische und im besten Sinne verantwortungsbewusste Universität.

"Ziel universitärer Lehre ist es, Bildung durch Wissenschaft zu ermöglichen. Das schließt die Aufgabe ein, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Studierenden hohe wissenschaftliche Kompetenz erwerben, ihre Fähigkeiten selbsttätig entfalten und sich als mündige Mitglieder der Gesellschaft weiterentwickeln können, die bereit und in der Lage sind, an deren sozial und ökologisch nachhaltiger, demokratischer und friedlicher Gestaltung maßgeblich mitzuwirken und für ihre Zukunftsfähigkeit Verantwortung zu übernehmen."

(Leitbild universitärer Lehre der Universität Hamburg)

Wenn wir also davon sprechen, dass wir Verantwortung hätten, steckt darin eine positive Aufforderung. Die Aufforderung, uns einen Begriff von der Verantwortung zu machen und dafür ein Problembewusstsein zu schaffen. Wir können die Verantwortung also – und zwar wörtlich gesprochen – ergreifen.

Eignen wir uns die Universität als ernsthafte Ermöglicherin nachhaltiger Wissenschaft an, Gesellschaft mithilfe eines positiven Verantwortungsbegriffs mit zu entwickeln und solidarische Wege aus der Krise zu bilden.

1) Pressespiegel:

- Am Dienstag erklärte die GEW Hamburg ihre Unterstützung des Offenen Briefs (www.gew-hamburg.de/themen/hochschule-und-forschung/abhaltung-von-praesenzveranstaltungen).
- NDR Hamburg: "Studieren unter Corona-Bedingungen" (www.ndr.de/nachrichten/hamburg/coronavirus/Hochschulen-Studieren-unter-Corona-Bedingungen,hochschulen172.html) Das eingebettete Video in dem Bericht des NDR zeigt sehr schön, was für kreative Lösungen unter den aktuellen rechtlichen Bedingungen möglich sind und woran sich andere Hochschulen ein Beispiel nehmen könnten.

- Hamburger Abendblatt: Uni Hamburg: Lehrende protestieren gegen Absage von Präsenzlehre: www.abendblatt.de/hamburg/article230831130/Hamburg-Uni-Universitaet-Dieter-Lenzen-Lehrende-protestieren-Absage-von-Praesenzlehre-offener-Brief-Corona-Vorlesungen-Seminare.html
www.abendblatt.de/hamburg/article230836720/Praesidium-weist-Kritik-an-Uni-Lockdown-zurueck.html
- RTL: "Streit um Lockdown an Universität Hamburg - Dozenten und Studenten fordern Präsenzunterricht zurück" (www.rtl.de/cms/streit-um-lockdown-an-uni-hamburg-4644184.html)
- Hamburg.de: "Streit um Lockdown an Uni Hamburg" (www.hamburg.de/nachrichten-hamburg/14569150/praesidium-weist-kritik-an-uni-lockdown-zurueck/)
- Forschung und Lehre (Deutscher Hochschulverband): "Dozenten wehren sich gegen digitales Semester" (www.forschung-und-lehre.de/lehre/dozenten-wehren-sich-gegen-digitales-semester-3224/)
- Hamburger Morgenpost: "Professoren-Protest: Wissenschaft und Lehre in Hamburg während Corona unwichtig?" (mobil.mopo.de/hamburg/professoren-protest-wissenschaft-und-lehre-in-hamburg-waehrend-corona-unwichtig-37577616)
- Am Donnerstag wurde von zeit.de berichtet, dass die CDU-Bürgerschaftsfraktion das Anliegen aufgegriffen hat und ihren Antrag vom 28.10.20 an die Hamburgische Bürgerschaft erweitert: www.zeit.de/news/2020-11/05/cdu-setzt-sich-fuer-praesenzvorlesungen-an-uni-hamburg-ein
- Der Antrag vom 28.10.20 ist hier zu finden: www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73132/wintersemester_2020_persoendlich_trotz_hybrid.pdf
- SAT1 Regional veröffentlichte ebenfalls am Donnerstag einen Beitrag in der Sache: "Streit um Lockdown an Uni Hamburg: Offener Brief an Präsidium und Online-Petition gestartet" (www.sat1regional.de/streit-um-lockdown-an-uni-hamburg-offener-brief-an-praesidium-und-online-petition-gestartet/)
- Die taz Hamburg berichtete am Freitag in der Angelegenheit: "Hybrid-Semester fällt aus" (taz.de/Hochschul-Lehre-in-Hamburg/!5726529/)
- Im Hamburger Studierendenmagazin "Kopfzeile" erschien ein Bericht über die Initiative: "Präsenzlehre trotz Pandemie?" (kopfzeilemagazin.com/2020/11/08/prasenzlehre-trotz-pandemie/)

DOKUMENTIERT

Für eine Universität auf Höhe der Zeit

Antrag im Fachbereichsrat 1

Der Fachbereichsrat ist ein Gremium zur Organisation des Lehrbetriebs. Der Fachbereich 1 umfasst die Allgemeine, Interkulturelle und International Vergleichende Erziehungswissenschaft sowie Pädagogische Psychologie. Die Sitzungen finden öffentlich an jedem ersten Mittwoch im Monat statt. Der folgende Antrag wurde in der November-Sitzung von den Studierendenvertreter:innen gestellt. Im Verlauf der Diskussion wurde entschieden nur 1.) abzustimmen. Das Ergebnis der Abstimmung war (2-2-2).

Für eine Universität auf Höhe der Zeit: Mündigkeit, wissenschaftlicher Diskurs und nachhaltige Perspektiven für die Gesellschaft

Der Fachbereich ruft das Präsidium der Universität Hamburg dazu auf, die bestehenden gesetzlichen Spielräume für Präsenzlehre im Sinne der „geschützten Präsenz“ an der Universität verantwortungsvoll zu nutzen, um umfänglich Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Mitglieder zu übernehmen und ihrer gesellschaftlichen Rolle gerecht zu werden. Zudem unterstützt die Fakultät die Lehrenden, die ihre Präsenzlehre wie geplant wahrnehmen.

Dafür sind insbesondere folgende Schritte erforderlich:

1. Die Präsenzlehre wird, wie angekündigt und auf Grundlage, der in den letzten Monaten erarbeiteten Schutzkonzepte ermöglicht. Dafür ist die aktuelle Hamburger SARS-Cov2-

Eindämmungsverordnung ernst zu nehmen, die Hybridlehre als Regelfall vorsieht.¹ Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf der Realisierung von Präsenzmöglichkeiten für die Erstsemester liegen.

2. Die ungenutzten Seminarräume werden umgehend für die Nutzung als Arbeitsplätze für Studierende freigegeben.

3. Die Gremiensitzungen finden mindestens in Hybrid statt.

Begründung

Die Überwindung der weiterhin multiplen Krise der globalen Gesellschaft – zugespitzt durch die Pandemie – erfordert mehr Beratung, Aufklärung und mündige Partizipation der Mitglieder der Universität. Der wissenschaftliche Austausch, Disput, die Mitwirkung aller und gemeinsam erarbeitete Handlungsperspektiven werden ermöglicht durch Studierende und Lehrende, die sich an der Universität begegnen und sich in Lehre

¹ Vgl. § 22, Absatz 2 der aktuell gültigen Hamburger SARS-Cov2-Eindämmungsverordnung: „Während des Wintersemesters 2020/2021 erfolgt die Lehre an den staatlichen Hochschulen in hybrider Form und in Präsenz, soweit die jeweilige

Lehrveranstaltung eine gemeinsame Anwesenheit von Studierenden und Lehrenden zwingend erfordert.“ (<https://www.hamburg.de/verordnung/>)

und Forschung den sozialen Konflikten annehmen.

Dies wirkt zudem den schädlichen Nebenwirkungen der Eindämmungsverordnung wie Vereinzelung und Isolation entgegen.

Die vor wenigen Tagen bundesweit erlassenen Eindämmungsregeln sind umstritten, da sie teilweise nach weder wissenschaftlich noch politisch nachvollziehbaren Kriterien unterscheiden: Kirchen bleiben offen und Theater müssen schließen – in Geschäften läuft der Verkauf, während die Reflexion von Kunstwerken in Museen und der Besuch von Gaststätten unterbunden wird. Es werden so – unverhältnismäßig – vor allem Wissenschaft

und Kultur sowie Grundrechte wie Wissenschaftsfreiheit und die Freiheit der Berufsausübung eingeschränkt. Dabei haben die Erfahrungen in den Orientierungseinheiten gezeigt, dass nicht gilt „Begegnung = Infektion“.

Um sorgfältige, „geschützte“ Begegnungen an der Universität weiterhin und erweitert zu ermöglichen und um autoritärer Verbotspolitik und Stigmatisierungen aller Art entgegenzuwirken, brauchen wir eine diskursfreundliche, verständigungsorientierte und rationale Kultur an der Universität. Diese zu schaffen liegt in unser aller Verantwortung.

DOKUMENTIERT

Präsenzlehre ermöglichen

Antrag an den Fakultätsrat der Erziehungswissenschaft

Dieser Antrag wurde in die Novembersitzung des Fakultätsrats von studentischen VertreterInnen eingereicht, um eine rationale Diskussion über die Möglichkeiten der Umsetzung von Präsenzlehre, für alle die es wollen, anzustoßen. Der Fakultätsrat ist das höchste Gremium der akademischen Selbstverwaltung der Fakultät und tagt einmal im Monat zu allen die Fakultät betreffenden Fragen zur Lehre, Studienreform, Finanzierung, Berufungen, Verwaltung und Forschung.

Am Freitag, den 30. Oktober 2020 erklärte die Wissenschaftssenatorin in der Landespressekonferenz des Hamburgischen Senats, dass die Lehrveranstaltungen im Wintersemester wie geplant in hybrider Form stattfinden sollen. Wenig später erhielten die Mitglieder der Universität im Widerspruch dazu Mitteilungen des Präsidiums, dass die angekündigte Präsenzlehre nicht stattfinden könne. Dies veranlasst uns zu dem folgenden Antrag, den wir vor dem geschilderten Hintergrund erst kurzfristig erarbeiten und einreichen konnten.

Der Fakultätsrat möge befassen, beraten und beschließen:

Präsenzlehre ermöglichen

1. Der Fakultätsrat fordert das Präsidium der Universität Hamburg auf, denjenigen Lehrenden, welche für das Wintersemester Lehrveranstaltung in Präsenz oder mit Präsenzanteilen geplant haben, die Durchführung der Lehrveranstaltung – wenn weiterhin gewünscht – in der geplanten Form zu ermöglichen, unter Einhaltung des für die Universität entwickelten Hygienekonzepts.

2. Sollte das Präsidium dafür aus rechtlicher Sicht eine Änderung der geltenden Eindämmungsverordnung für erforderlich halten, regt der Fakultätsrat an, beim Senat um eine entsprechende Änderung zu bitten.

Begründung:

Aktuell gewinnen wir den Eindruck, gesellschaftlich nicht nur in eine Zeit vor 1968, sondern gleich in eine vorbürgerliche Ära zurückkatapultiert worden zu sein. Die vom RKI niedergeschriebenen Worte sind die Bibel, die Auslegung der Bibel liegt beim Papst – Herrn Söder. Die Bibel in Frage zu stellen liegt außerhalb des Vorstellbaren, aber schon wer der Auslegung von Markus II. zu widersprechen wagt, wird aufs Schärfste von der Inquisition verfolgt und landet am Pranger.

Zum guten Erbe der Wissenschaft gehört das Engagement für Aufklärung im Konflikt mit der Kirche. Wir bleiben zunächst konservativ mit rationaler Bibelinterpretation.

1. In der Universität

Das RKI hat in seinem Leitfaden für Kontaktpersonennachverfolgung die Voraussetzungen für ein erhöhtes Infektionsrisiko (Kategorie I), bzw. ein geringes Infektionsrisiko (Kategorie II) mit dem SARS-CoV-2 verdichtet zusammengefasst². Diese Kriterien zu Grunde gelegt kann es in dem statistisch unausweichlichen Fall des Lehrveranstaltungsbesuchs durch infizierte Personen bei Einhaltung des Hygienekonzepts der Universität (MNS beim Bewegen im Gebäude und den Räumen, >1,5m Abstand am festen Sitzplatz in den Räumen und regelmäßiges Lüften zur Unterbindung von hoher Konzentration infektiösen Aerosols) zu keinen Kontakten nach Kategorie I noch nach Kategorie II kommen. Damit ist die Präsenzlehre ebenso medizinisch zu verantworten, wie der Einkauf und allemal ein Gottesdienst.

2. Auf dem Weg in die Universität

Laut RKI finden mit Abstand die meisten Infektionen im privaten Haushalt statt, jedoch mit geringer Anzahl der Verbreitung. Die höchste Anzahl von Infektionsfällen je Ausbruch gibt es in Flüchtlings- und Asylbewerberheimen, sowie in Alten- und Pflegeheimen und Seniorentagesstätten³. Die veröffentlichten Zahlen sind u.a. Bezugspunkt dafür, dass Mensen und Kantinen (auch des Studierendenwerks) weiter geöffnet bleiben können. In Bus und Bahn liegen die Infektionszahlen und die Fallzahlen je

²

https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/6585.3/20_0439_KoNa_Allgemein.pdf?sequence=6&isAllowed=y

³

https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/38_20.pdf?blob=publicationFile

Ausbruch weit unter dem Durchschnitt. Die ermittelten Erkenntnisse über den ÖPNV sind einerseits zu relativieren, da eine Rekonstruktion der Übertragung hier kaum möglich ist, andererseits sind die niedrigen Werte auch nach RKI plausibel, da im ÖPNV ein MNS getragen wird und der häufige Fahrgastwechsel sowie das ständige Öffnen der Türen eine hohe Konzentration infektiösen Aerosols verhindert. Auch die An- und Abreise zur Universität ist, zumal bei hohem Anteil von Radfahrer*innen und der guten Erreichbarkeit mit der Bahn und ohne Busse, medizinisch zu verantworten.

Schlussfolgerung

Wie der Fakultätsrat bereits beschlossen hat, sind Präsenzveranstaltungen das Kernstück universitärer Lehre, welches durch digitale Angebote ergänzt und bereichert, aber nicht vollständig ersetzt werden kann. Da ein Präsenzlehrbetrieb medizinisch zu verantworten ist, sollte er auch ermöglicht werden. Niemand soll müssen, aber dürfen sollte man.

Über das RKI hinaus verweisen wir ketzerisch noch auf diverse Erklärungen, in denen sich auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse über das inzwischen verhältnismäßig gründlich erforschte Virus, die verbesserten

Behandlungsmöglichkeiten und die deshalb verringerte Sterblichkeit sowie die erheblichen ökonomischen, sozialen, kulturellen und psychischen Schäden durch die Eindämmungsmaßnahmen für eine erweiterte geschützte Präsenz im öffentlichen Raum und gegen die Verdrängung in das Private ausgesprochen wird. Exemplarisch sei hier das „Positionspapier von Wissenschaft und Ärzteschaft zur Strategieberatung im Umgang mit der Pandemie“⁴ vom 28.10.2020 genannt.

Andere Hochschulen haben deshalb Wege für die Aufrechterhaltung von Präsenzlehre unter den gegenwärtigen Bedingungen gefunden, u.a. die Universitäten Leipzig⁵ und Göttingen⁶ und die HAW Hamburg⁷. Sie finden auch einen anderen Ton der verständigen Kommunikation zwischen den Mitgliedern.

Zu guter Letzt: Die Welt muss aufhören, alle Handlungen aus einer einzigen gesellschaftlichen Herausforderung abzuleiten. Es gibt viele Probleme und viel Positives zu bewirken für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Antifaschismus und Demokratisierung. Als Universität der Nachhaltigkeit können wir uns vielfältig daran beteiligen, so produktiv wie möglich.

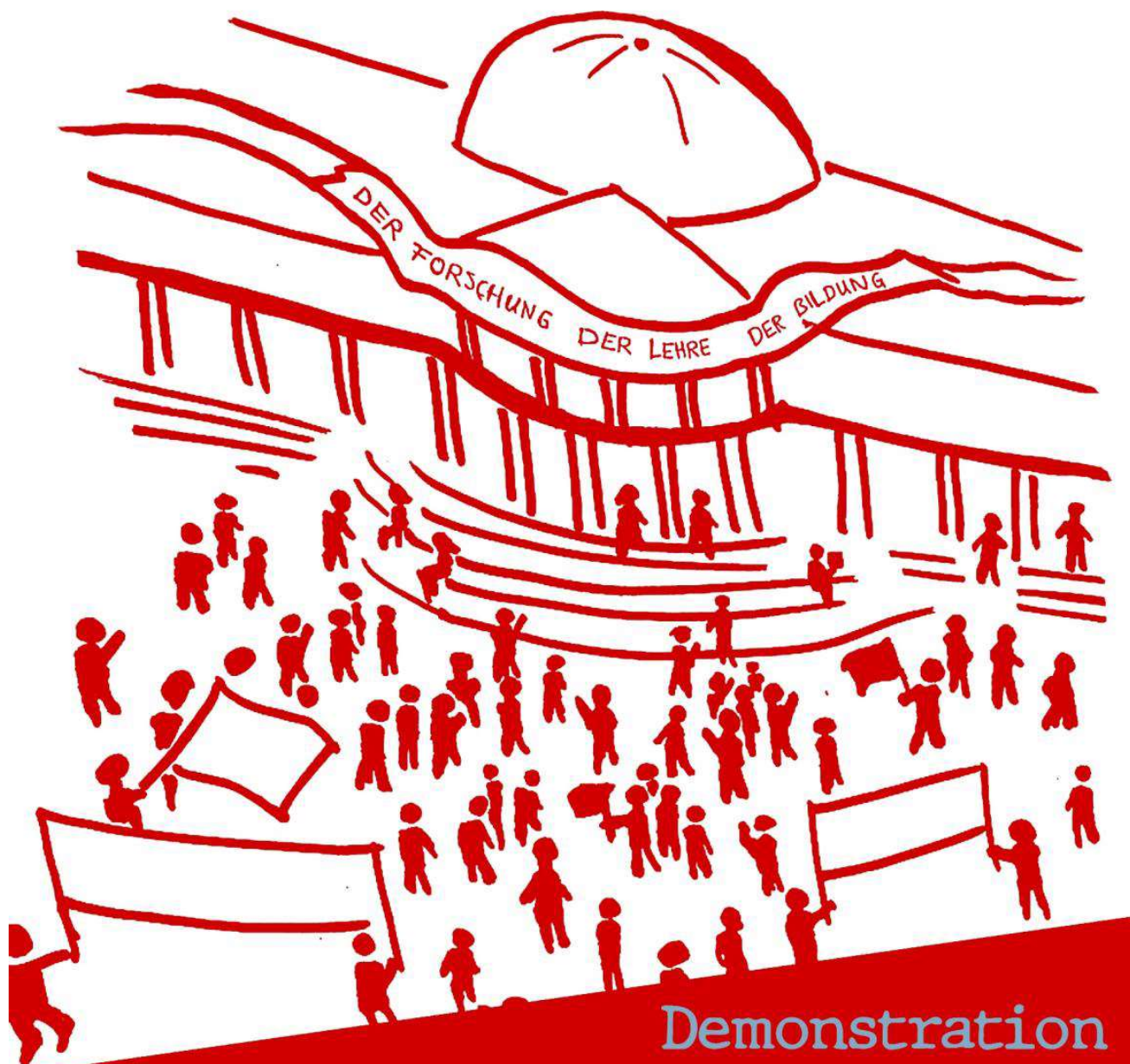
⁴ <https://www.kbv.de/html/48910.php>

⁵ <https://www.uni-leipzig.de/universitaet/service/informationen-zum->

[coronavirus/newsdetail/artikel/aktuelle-corona-regelungen-2020-11-04-1/](https://www.uni-goettingen.de/de/631891.html)

⁶ <https://www.uni-goettingen.de/de/631891.html>

⁷ <https://www.haw-hamburg.de/coronavirus/>



Demonstration

Solidarische Krisenlösung BILDEN!

- für die Öffnung der Hochschulen

Dienstag 24.11., 15 Uhr
Joseph-Carlebach-Platz
(beim Campus Von-Melle-Park)

fsrk.de/solidarsemester

Demonstration am Dienstag, 24.11.20, um 15 Uhr, Joseph-Carlebach-Platz (beim Campus Von-Melle-Park)

Die fortgesetzte Schließung der Universität Hamburg ist aus Sicht des Infektionsschutzes nicht zu rechtfertigen und gesamtgesellschaftlich extrem schädlich. Hochschulen sind keine Infektions-Hotspots! Im Gegenteil, sie stehen in der Verantwortung, zu einer humanen und solidarischen Lösung der Krise beizutragen. Mit erprobten Hygienekonzepten und einer erhöhten gegenseitigen Aufmerksamkeit sollte im Wintersemester deswegen möglichst viel in Präsenz stattfinden!

In der größten (Weltwirtschafts-)Krise seit 1929 braucht es dringender denn je ein Verständnis von kollektiver Macht, von Einmischung, von Entfaltung und eine Abkehr von Individualisierung und Ellenbogengesellschaft. Hochschulen spielen dafür genauso eine Rolle wie Kunst- und Kultureinrichtungen. Alles brauchen wir, um Solidarität zu bilden, um demokratisch Lösungen zu erarbeiten und um die erdrückende soziale Ungleichheit zu überwinden. An den Hochschulen müssen wir dringend diskutieren, wie wir die Situation in den Krankenhäusern und Pflegeheimen verbessern, wie wir zur Überwindung der Arbeitslosigkeit Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen, wie wir dem Klimawandel begegnen und wie wir entgegen der sozial-ignoranten Durchhalte-Rhetorik einen sinnvollen Umgang mit der Pandemie entwickeln. Dafür spielt die Soziologie ebenso

eine Rolle wie die Medizin, die Erziehungswissenschaft und die Physik, dafür brauchen wir intensiven Austausch und Begegnung in Präsenz sowie die entsprechenden sozialen Grundlagen.

Es geht deswegen auch nicht darum, zwischen Unterhaltung, systemrelevanter Tätigkeit und Menschenleben abzuwägen. Es geht darum, dass ein gutes Leben für alle längst möglich ist. Es geht darum, dass wir uns nicht länger abspeisen lassen mit einem prekären Status quo. Eine bessere, gerechte, friedliche und soziale Welt ist möglich und wir spielen eine Rolle dabei, sie zu erstreiten und zu verwirklichen.

Wir fordern deswegen:

- die Ermöglichung und Erweiterung von geschützter Präsenz in den Hochschulen für Bildung und Lehre (siehe auch die Petition: <https://t1p.de/4r01>),
- für die Verbesserung der sozialen Grundlagen des Studiums 900 Euro monatlich als Vollzuschuss,
- die Ausfinanzierung der Hochschulen sowie der öffentlichen Daseinsvorsorge

Aufruf zur Vollversammlung Lehre am 25.11.20

Wir rufen euch herzlich zur Teilnahme an der **fakultätsweiten, mitgliederübergreifenden** (Studierende, Lehrende, TVP) **Vollversammlung am 25.11.20, von 14 bis 16 Uhr per Zoom auf.**

Die Einladung und der Zugangslink zur Zoom-Konferenz ist Euch über Stine zugegangen. Dort wollen wir gemeinsam in einen Austausch kommen, voneinander wissen und uns darüber verständigen, wie Lehre aktuell ist und sein sollte.

Die aktuelle „Corona-Krise“ hat auch starke Auswirkungen auf die verschiedenen Handlungsfelder der Erziehungswissenschaft. So verschärft sich die soziale Selektivität in den Schulen, die Jugendhilfe ist massiv unterfinanziert und wird in dieser Lage tendenziell auf (die notwendigsten) fürsorglichen Aufgaben beschränkt. Dies gilt aber nicht nur für die Bildung. Drastisch wird die Krise im Gesundheitssystem (unterfinanziert und profitorientiert), in den sozialen Einrichtungen und im Kulturbereich deutlich. Das heißt: Die Probleme in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen werden größer. Die Eindämmungsverordnung macht es schwierig das zu realisieren, wofür die Wissenschaft und die Universität aber eigentlich da sein könnten: diese gesellschaftlichen Probleme zu bearbeiten und Lösungen zu finden.

Aktuell wird viel Anstrengung darauf verwendet, erst einmal die bestehende Lehre aufrechtzuerhalten, dafür zu sorgen, dass Seminare und Vorlesungen überhaupt stattfinden können. Dafür wurden sich – von Studierenden und Lehrenden – in den letzten Monaten viele digitale Plattformen und Methoden draufgeschafft, um die alten Inhalte weiter vermitteln zu können. Klar ist: Das ist nicht ideal. Verbreitet ist dabei aber auch die Haltung: Das ist gerade nicht zu ändern. Da müssten wir jetzt durch. Diese Abwarteposition wird jedoch den aktuellen Problemen und damit auch der Möglichkeit von Wissenschaft diskursiv Lösungen zu finden und zu rationalisieren nicht gerecht.

Die Vollversammlung soll Gelegenheit dafür geben, sich gemeinsam mit den Lehrenden darüber zu verständigen, wie wir Bedingungen in der Lehre und darüber hinaus schaffen können, uns der gesellschaftlichen Aktualität zu widmen, miteinander und voneinander lernen und uns in der Lehre entwickeln zu können.